

**Nr. 178 Der Reichsminister des Innern an den Reichsminister und Chef der Reichskanzlei. 9.
August 1938***R 43 II/1553f, Bl. 52–53 Ausfertigung¹**Beginn:**Beginn:**Betrifft:* Namen des ehemaligen Adels.

Der Führer und Reichskanzler hat seiner Zeit entschieden, daß die Frage der Namensführung der Angehörigen der ehemals regierenden Herrscherhäuser gesetzlich geregelt werden soll. Dagegen hat er ein Bedürfnis, die auf dem Gebiete der Namensführung des übrigen Adels bestehenden offenen Fragen gesetzlich zu regeln, nicht für vorliegend angesehen².

Inzwischen hat sich die Sachlage durch die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich verändert. Während im bisherigen Deutschen Reich der Adel als Stand beseitigt ist und die früheren Adelsbezeichnungen als Namensbestandteile weitergeführt werden dürfen, ist in Österreich durch das Gesetz vom 3. April 1919 (StGBI. Nr. 211) und die Vollzugsanweisung vom 18. April 1919 (StGBI. Nr. 237) der Adel aufgehoben und die Führung von Adelsbezeichnungen untersagt und mit Strafe bedroht worden. Bei einer Angleichung des in Österreich bestehenden Rechtszustandes an den des alten Reichsgebiets wird es sich empfehlen, die hier offen gebliebenen Fragen ausdrücklich zu regeln, um nicht die im alten Reichsgebiet bestehenden Schwierigkeiten nach Österreich zu übertragen³. Geschieht dies aber, so werden bei dieser Gelegenheit zweckmäßig auch für das alte Reichsgebiet die offenen Fragen (Führung einer besonderen Bezeichnung durch das Familienhaupt, zusammengesetzte Bezeichnungen⁴) entschieden. Würde die Regelung im alten Reichsgebiet auf die landesherrlichen Familien beschränkt, würde man z. B. zu folgenden Ergebnissen kommen. Der ehemals regierende Herzog von Sachsen-Altenburg⁵ müßte sich Prinz von Sachsen-Altenburg und der ehemalige Fürst zur Lippe⁶ müßte sich Prinz zur Lippe nennen, weil Bezeichnungen, die ein Ausfluß der früheren Landeshoheit oder der Anwartschaft darauf waren, entfallen und die ehemals nicht regierenden Familienmitglieder diesen Namen führen. Der Herzog von Trachenberg Fürst von Hatzfeldt⁷ dürfte aber z. B. für seine Person diesen Namen fortführen, obwohl die übrigen Familienmitglieder den Namen Graf von Hatzfeldt zu Trachenberg führen; ebenso dürfte der Fürst zu Dohna-Schlobitten Burggraf zu Dohna⁸ sich weiterhin dieses Namens bedienen, obwohl die Familienmitglieder Burggraf und Graf zu Dohna-Schlobitten heißen.

¹ Entw. und erläuternder Vm. des Referenten MR Globke in: R 1501/127425, Bl. 19–23. Vgl. APK I 1. Reg. Nr. 12891. Vorgeschichte s. Dok. Nr. 19.

² S. ARH IV, Nr. 156, bes. Anm. 4.

³ Als bes. virulentes Problem verwies Globke (o. Anm. 1) auf die ehem. österr. Kaiserfamilie: „Nach dem in Österreich geltenden Recht ist ihr Familienname z. Zt. Habsburg-Lothringen (ohne jeden Zusatz). Bei einer entsprechenden Anwendung des im alten Reichsgebiet geltenden Rechts wäre ihr Familienname ‚Erzherzog von Österreich‘. Bei der politischen Bedeutung, die dieser Frage zukommt, wird zu gegebener Zeit eine Führerentscheidung herbeigeführt werden müssen.“ Mit RdErl. vom 18. 5. 1938 hatte der RIM die ORBeh. angewiesen, Mitglieder der österr. Aristokratie einstweilen ohne die im Altreich zulässigen Adelsbezeichnungen zu führen, „und zwar die Angehörigen des ehemaligen österreichischen Herrscherhauses unter dem Namen Habsburg-Lothringen“; R 43 II/1553f, Bl. 51.

⁴ Vgl. Dok. Nr. 19 Anm. 8.

⁵ Ernst II. Herzog von Sachsen-Altenburg (*1871).

⁶ Leopold IV. Fürst zur Lippe (*1871).

⁷ Hermann Ludw. Felix Herzog zu Trachenberg, Fürst von Hatzfeldt (*1874).

⁸ Wilh. Herrn. Alexander Fürst zu Dohna-Schlobitten, Burggraf zu Dohna (*1899).

Bevor ich aber Weiteres veranlasse, bitte ich, das grundsätzliche Einverständnis des Führers und Reichskanzlers zu der allgemeinen Regelung der Namensführung des ehemaligen Adels herbeizuführen.

Die Frage der Namensführung der Angehörigen des ehemaligen braunschweigischen Herrscherhauses (dortiges Schreiben vom 17. März 1938 – Rk. 3613 B – und vom 11. Mai 1938 – Rk. 9576 B –⁹) wird unter Umständen durch die Neuregelung beeinflusst werden. Sie wird daher in diesem Zusammenhang entschieden werden müssen.

Dem Stellvertreter des Führers, dem Herrn Reichsminister der Justiz und dem Herrn Staatsminister und Chef der Präsidialkanzlei habe ich Abschrift dieses Schreibens übersandt¹⁰.

Dr. Frick

⁹ R 43 II/286a, Bl. 86 und 89: Übersendung von Aktenmaterial zur Beurteilung der Rechtmäßigkeit des Zusatztitels „Prinz von Hannover“. Näheres s. ARH IV, Nr. 156 Anm. 3.

¹⁰ Mit Vm. vom 18. 8. 1938, den MD Kritzingen an Lammers weiterleitete, warf LGR Rabe zunächst die Frage auf, ob die Bearbeitung nicht wie bisher dem StMPrk zu überlassen sei, und blieb generell skeptisch, ob die Angliederung Österreichs tatsächlich eine prinzipielle Vereinheitlichung des Namensrechts des Adels erzwingen würde: „Die Wiederaufrollung der Frage der Namensführung des früheren Adels mit all ihren Schwierigkeiten hätte sicherlich langwierige Verhandlungen zwischen den beteiligten Stellen, deren Ausgang nicht abzusehen ist, zur Folge und es bestände die Gefahr, daß darüber die Erledigung des vom Führer und Reichskanzler erteilten Auftrags auf Regelung der Namensführung der Angehörigen der ehemals regierenden Herrscherhäuser auf ungewisse Zeit hinausgezögert würde. Auch dürften die Schwierigkeiten, welche die bisherige Regelung im alten Reichsgebiet mit sich gebracht hat, nicht so groß sein, daß sie nicht auch im Gebiete des Landes Österreich mit in Kauf genommen werden könnten.“ R 43 II/1553f, Bl. 54 f. Während der folg. Monate polit. Hochspannung fand Lammers ohnehin keine Gelegenheit zum Vortrag. Erst nachdem der StdF mit Schreiben vom 4. 11. 1938 sich nach dem Sachstand erkundigt und MR Globke im Febr. 1939 Rabe gegenüber nochmals die Dringlichkeit einer Entscheidung unterstrichen hatte (ebd. Bl. 56–60), trug Lammers sie Hitler am 17. 2. 1939 vor und orientierte den RIM danach über die Grundlinien einer gesetzl. Regelung – die aber schließlich doch unterblieb: Folgeband, Dok. vom 1. 3. 1939.

Zitierhinweis

Nr. 178 Der Reichsminister des Innern an den Reichsminister und Chef der Reichskanzlei. 9. August 1938 in: Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933-1945, Band V/1938, bearb. von Friedrich Hartmannsgruber (Digitale Fassung, hrsg. von dem Präsidenten und dem Sekretar der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und für das Bundesarchiv von Michael Hollmann).

<https://aktenreichskanzlei.bundesarchiv.de/dokumente/arh05d178>